

P r o t o k o l l

der Sitzung des Sozialausschuss am 09. Mrz 2011 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesenheit:

Herr Kochhan
Herr Kummerow
Frau Lembke
Frau Pridöhl
Herr Biedermann i.V. für Frau Reuhl
Frau Richter
Herr Schmidt
Herr Siperko
Herr Uhlig
Frau Worm
Herr Ziola

Verwaltung

Herr Dembski
Frau Kindt
Frau Gömer
Frau Krause
Frau Bernsdorff
Frau Zenk
Herr Klöckner
Herr Kasch

Gäste

Herr Bartels, ARGE
Herr Fricke, Seniorenbeirat
Frau Dr. Meyer-Klette, Bürgerhafen
Frau Geißler, Kleine Liga

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Der Bürgerhafen hier in Greifswald - eines von 500 Mehrgenerations-
häusern im Aktionsprogramm des BMFSFJ
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Subventionsbericht 05/464
SPD-Fraktion
- 5.2. Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011 05/467
Dez. III, Gleichstellungsbeauftragte
- 5.3. Vereinbarung über Organisation und Ausgestaltung des Jobcenters 05/470
Greifswald als ge-meinsame Einrichtung der Universitäts- und Han-
sestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund nach § 44 b
Absatz 2 SGB II i.V.m. § 2 Abs. 2 AG SGB II M-V SGB II
Dez. III
6. Ergebnisse des Prüfauftrages zur Auswirkung der geplanten Kreisge-
bietsreform
7. Information der Verwaltung
- 7.1. Ergebnis der gemeinsamen Beratung zur KdU - Richtlinie
(Herr Klöckner, Herr Kochhan)
- 7.2. Information zum Ausscheiden des Ombudsmanns für das Jobcenter
8. Informationen der ARGE
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 19.01.2011
12. Bestätigung des Protokolls vom 19.01.2011
13. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Eröffnung der Sitzung

17:00 Uhr - Der Ausschussvorsitzende, Herr Kummerow, eröffnet die Sitzung.
Es sind 11 Ausschussmitglieder anwesend. Damit besteht Beschlussfähigkeit.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge.
Es erfolgt die Abstimmung.

Ergebnis: 11 x ja, einstimmig

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Fricke als Vertreter des Seniorenbeirates informiert über den Seniorentag am 23.03.2011 im Freizeitbad.

Zu TOP: 4. Der Bürgerhafen hier in Greifswald - eines von 500 Mehrgenerationshäusern im Aktionsprogramm des BMFSFJ

Frau Dr. Meyer-Klette als Koordinatorin des Bürgerhafens Greifswald gibt einen Überblick zu den vielfältigen Angeboten und erläutert einzelne neue Projekte. Über 30 Seniortrainer sind in den letzten Jahren ausgebildet worden, die ehrenamtlich in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur Projekte initiiert und verschiedene Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen haben, die sehr gut angenommen werden.

Von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wünscht sich Frau Dr. Meyer-Klette ab dem Jahr 2012 eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 5.000 bis 10.000 EUR als Mitfinanzierung, um für weitere drei Jahre den Zuschuss der Bundesmittel in Höhe von 30.000 EUR pro Jahr zu erhalten, damit das bisher Aufgebaute im Bürgerhafen weitergeführt werden kann.

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

*Zu TOP: Subventionsbericht
5.1.*

Herr Schmidt bringt den Beschlussvorschlag ein.
Er beantragt eine Erweiterung der Formulierung des Beschlussvorschlages nach dem Wort „... Subventionsbericht“. Danach soll eingefügt werden: “welche Investitionen erfassen, die 1.000 EUR überschreiten“.
Ziel der Beschlussvorlage ist es, zu erfahren, warum ein Träger oder Verein einen Vorteil erhält, der andere aber nicht.
Über den ergänzten Beschlussvorschlag wird abgestimmt.

Ergebnis: 8 x ja, 3 x Enthaltung

Zu TOP: *Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011*
5.2.

Herr Dembski bringt die Vorlage ein und erläutert noch einmal den aktuellen Stand und die Position der Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow zur weiteren Finanzierung nach der Kreisgebietsreform. Der Landkreis Ostvorpommern ist bereit, sich an der Finanzierung für 2011 zu beteiligen, aber nicht über 2011 hinaus.

Frau Geißler als Vertreterin der Kleinen Liga bedankt sich bei Herrn Dembski für das Engagement für das Frauenhaus und übt Kritik am Verhalten des Landkreises Ostvorpommern.

Herr Siperko erfragt, wie die in der Verantwortung stehenden Kommunen bzw. Landkreise in die Pflicht genommen werden können.

Herr Dembski erläutert, dass die in Erwägung gezogene Erhebung von Tagessätzen verworfen wurde. Daher muss generell eine Lösung auf Landesebene zur Finanzierung der Frauenhäuser gefunden werden.

Herr Siperko fragt, was der Ausschuss unternehmen kann, um das Anliegen dem Land nahezubringen.

Herr Dembski hofft auf die Einflussnahme der Fraktionen im Kreistag des zukünftigen Großkreises.

Herr Kochhan schlägt vor, über die Richtlinie des Landes Einfluss zu nehmen und zu erreichen, dass Frauenhäuser zur kreislichen Pflichtaufgabe erklärt werden.

Frau Geißler unterstützt das, weil die Richtlinie überarbeitet werden soll und es sinnvoll ist, sich jetzt zu positionieren.

Herr Siperko wird das Problem mit in den Fachausschuss des Landtages nehmen, der bei der Erarbeitung der Richtlinie angehört wird.

Es erfolgt die Abstimmung zum Beschlussvorschlag.

Ergebnis: 11 x ja, einstimmig

Zu TOP: *Vereinbarung über Organisation und Ausgestaltung des Jobcenters Greifswald als ge-meinsame Einrichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund nach § 44 b Absatz 2 SGB II i.V.m. § 2 Abs. 2 AG SGB II M-V SGB II*
5.3.

Herr Dembski bringt die Vorlage ein und erläutert die neue Gesetzeslage. Der erarbeitete Vertrag regelt die Rahmenbedingungen über die Organisation und die Ausgestaltung des Jobcenters als gemeinsame Einrichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund nach § 44 b Absatz 2 SGB II i.V.m. § 2 Absatz 2 AG SGB II M-V SGB II. Im Wesentlichen ist es die Fortführung dessen, was bereits bei der ARGE galt.

Herr Kochan bittet darum, im Vertrag unter § 7 Absatz 2 im 2. Satz das Wort „können“ durch das Wort „sollen“ zu ersetzen. Außerdem wäre es erforderlich, die Aufgaben des örtlichen Beirates unter § 7 festzuschreiben.

Es erfolgt die Abstimmung über den Beschluss mit der Maßgabe, die Aufgaben des Beirates genauer zu formulieren.

Ergebnis: 11 x ja , einstimmig

Zu TOP: 6. Ergebnisse des Prüfauftrages zur Auswirkung der geplanten Kreisgebietsreform

Die Ergebnisse des Prüfauftrages wurden allen Mitgliedern schriftlich übergeben. Es gibt Nachfragen von den Mitgliedern zu einzelnen Positionen.

Frau Pridöhl ist der Meinung, dass die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Kooperation mit der Uni nicht die richtige Lösung ist.

Herr Dembski erläutert den Standpunkt der Verwaltung. Entsprechend der Ausführungsbestimmungen, die erst zum Jahresende 2010 veröffentlicht wurden, sind die Pflegekassen verpflichtet, die Pflegestützpunkte einzurichten, die Kommunen sollen sich lediglich beteiligen. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat vor, sich am gemeinsamen Pflegestützpunkt mit dem Universitätsklinikum zu beteiligen.

Herr Siperko hat eine Frage zu den Zuschüssen an freie Träger der Wohlfahrtspflege. Entsprechend einem Bürgerschaftsbeschluss war hier eine Summe von 82.000 EUR vorgesehen, jetzt stehen 72.000 EUR für 2011 zur Verfügung.

Herr Dembski informiert, dass es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung einen Beschluss über die Verringerung dieser Haushaltsstelle um 10.000 EUR gab.

Herr Uhlig bittet darum, die fortlaufenden Änderungen zum Prüfauftrag mit der Einladung zum Ausschuss zu versenden und seine für ihn bestimmten Unterlagen komplett zu mailen.

Herr Dembski gibt noch einige Informationen zum Teilhabepaket nach SGB II. Die neuen Aufgaben erfordern eine schnelle Umsetzung, mit der zurzeit das Jobcenter beauftragt wurde. Die Verantwortung für den Aufgabenbereich tragen die Kommunen, mit der Maßgabe, diesen durch das Jobcenter umsetzen zu können. Später könnte die Aufgabenwahrnehmung an die Kommunen zurückgeführt werden.

Zu TOP: 7. Information der Verwaltung

Zu TOP: 7.1. Ergebnis der gemeinsamen Beratung zur KdU - Richtlinie (Herr Klöckner, Herr Kochhan)

Herr Klöckner erläutert, dass das Ziel der gemeinsamen Beratung war, die KdU-Richtlinie nochmals einer Prüfung zu unterziehen und einen Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise dem Ausschuss zu unterbreiten.

Herr Klöckner erläutert die drei Berechnungsvarianten, die dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

Die Arbeitsgruppe, zu der Herr Dembski, Herr Klöckner, Herr Kochhan, Herr Scheer und Herr Schmidt gehören, empfiehlt weiterhin die Variante 1, also die jetzige KdU-Richtlinie beizubehalten. Derzeit wird eine Richtlinie für den neuen Großkreis in einer AG, der die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, der Landkreis Ostvorpommern und der Landkreis Uecker-Randow angehören,

erarbeitet.

In der Diskussion werden die Fragen der Mitglieder beantwortet, Einzelfälle können nicht ausdiskutiert werden. Aus Sicht der Mitglieder stellt sich immer wieder das Problem, dass das Ermessen durch die Mitarbeiter im Jobcenter bei den Heizkosten nicht ausreichend angewandt wird.

Herr Bartels weist darauf hin, dass sich das Jobcenter an die Vorgaben der Stadt hält.

Herr Kochhan bittet das Jobcenter um Informationen zur Anwendung der KdU-Richtlinie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Herr Bartels schlägt vor, dazu Herrn Brader und die SGG-Stelle einzuladen.

Herr Schmidt lobt die gute Vorbereitung der Verwaltung und unterstützt die Variante 1, weil sie gut durchdacht, relativ rechtssicher und gesetzeskonform ist.

Zu TOP: 7.2. Information zum Ausscheiden des Ombudsmanns für das Jobcenter

Herr Dembski informiert über das Ausscheiden des Ombudsmanns für das Jobcenter wegen Wegzugs und neuer Arbeitsaufgabe. Es sollte entschieden werden, ob noch kurzfristig ein neuer Ombudsmann gesucht und eingesetzt oder bis zur Kreisgebietsreform gewartet werden sollte.

Die Mitglieder einigen sich, dass innerhalb der Fraktionen nach Vorschlägen für einen Ombudsmann gesucht werden sollte, damit zur Gebietsreform ein geeigneter Vorschlag vorgelegt werden kann.

Herr Bartels spricht sich ebenfalls für die weitere Tätigkeit aus, weil diese als hilfreich eingeschätzt wurde.

Zu TOP: 8. Informationen der ARGE

Herr Bartels informiert über die neue Datensituation bei der Bereitstellung der vorläufigen Daten. Es stehen deutlich weniger Daten zur Verfügung.

Er erläutert die ausgereichten Kennzahlen und verweist auf die noch positive Entwicklung bei den Arbeitslosen im SGB II.

Zu TOP: 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Fricke informiert über die Seniorentage vom 10.-16.10.2011.

Er bittet die Mitglieder um Vorschläge zu einer seniorenfreundlichen Kommune.

Herr Ziola hat die Information erhalten, dass kein neuer Mietspiegel erarbeitet werden kann, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Herr Dembski erklärt, dass das Personalproblem geklärt ist und ein neuer Mietspiegel erarbeitet wird.

Zu TOP: Informationen des Ausschussvorsitzenden

10.

Herr Schmidt berichtet über die konstituierende Sitzung des Beirates der ABS am 01.03.2011, der auf Grund eines Bürgerschaftsbeschlusses eingerichtet wurde. Dem Beirat gehören 8 Mitglieder (5 Bürgerschaftsmitglieder, 1 Mitglied WVG mbH, 1 Mitglied Jobcenter, 1 Mitglied CTT) an.

Zum Vorsitzenden wurde Herr Franz-Robert Liskow, zum Stellvertreter Herr Kochhan gewählt.

Herr Kummerow bittet darum, wieder die AG Zuschüsse einzuberufen, da das Antragsvolumen der freien Träger das vorgesehene Volumen von 72.000 EUR übersteigt. Herr Schmidt, Herr Uhlig und Frau Richter werden weiterhin in der AG mitarbeiten, Herr Siperko wegen Befangenheit nicht. Für die Bürgerliste Greifswald, die FDP und B90/Die Grünen sind bis zum 18.03.2011 neue Mitglieder zu benennen und an Amt 51 zu melden. Durch Frau Mager ist kurzfristig die AG einzuberufen, die eine Empfehlung zur Mittelvergabe erarbeitet.

Zu TOP: *Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 19.01.2011*
11.

Herr Kochhan und Frau Bernsdorff berichten über die erste Sitzung der AG Sozialanalyse, die am 01.03.2011 stattfand. Die Sozialanalyse für 2009/2010 wird unter Berücksichtigung der Vorschläge der AG Mitglieder bis Ende Mai erstellt und sollte noch vor der Kreisgebietsreform im Sozialausschuss vorgelegt werden.

Herr Dembski berichtet zum geplanten Beauftragtenbüro. Eine gemeinsame Unterbringung wird es erst mit der Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes geben und die vier Beauftragten werden dann dem Oberbürgermeister unterstellt sein. Bis dahin bleiben die Unterstellungsverhältnisse und auch die Standorte der Beauftragten wie bisher erhalten.

Zu TOP: *Bestätigung des Protokolls vom 19.01.2011*
12.

Es gibt keine Ergänzungen und Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 8 x ja, 3 x Enthaltung

Zu TOP: *Schluss der Sitzung*
13.

19:35 Uhr

TOP	Zuständigkeit	Aktivität/Anfrage
7.1	Jobcenter	Informationen zur Anwendung der Richtlinie KdU durch Herrn Brader und die SGG-Stelle
10	Amt 51 Frau Mager	Einberufung der AG Zuschüsse

gez. Marian Kummerow
Ausschussvorsitzender

gez. K. Bernsdorff
für das Protokoll

Anlage 1: Berechnungsgrundlagen zu TOP 7.1